

## **Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Nordostchemieverbände**

### **1. Wie möchte Ihre Partei die Standortattraktivität des Bundeslandes für die Industrie erhöhen?**

Industriearbeitsplätze sind das Fundament einer guten Entwicklung Brandenburgs. Die Zukunftsfähigkeit dieser Arbeitsplätze hängt von der Bewältigung des Dreiklangs von digitaler, ökologischer und sozialer Transformation ab. Um die Standortattraktivität in Brandenburg für die Industrie zu erhöhen, wollen wir einen „Brandenburgischen Zukunftsrat Wirtschaft“ einsetzen, der im Dialog mit Wirtschafts- und Sozialpartnern die Rahmenbedingungen zukunftsfähig definiert und ausrichtet sowie die Unterstützung im Transformationsprozess für die brandenburgische Wirtschaft bedarfsgerecht ableitet und Umsetzungsstrategien für das Land erarbeitet. Wir wollen eine aktive Industrie betreiben. Dazu gehören für uns auch der Erhalt und die Ausweisung neuer Industrieflächen. Um dies zu ermöglichen, wollen wir insbesondere Konversions- und Brachflächen nutzen sowie eine ressourcenschonende Entwicklung von neuen konfliktarmen Flächen voranbringen. Weitere Standortfaktoren sind:

- Eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung: Für immer mehr Unternehmen ist eine grundlastfähige erneuerbare Energieversorgung ein Standortvorteil. Deshalb wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter voranbringen und die Akzeptanz steigern. Ein Instrument ist für uns ein Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz, welches sicherstellt, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohnerinnen und Anwohner finanziell profitieren.
- Gut ausgebildete Fachkräfte: Wesentlich für die Zukunft des Industriestandortes Brandenburg ist die Verfügbarkeit von Fachkräften, durch eine weiterhin hohe Qualität in der Aus- und Weiterbildung. Dazu gehört auch eine Willkommenskultur, die darauf abzielt, ausländische Fachkräfte zu halten und anzuziehen.
- Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur – von Straße und Schiene über Stromnetze bis Mobilfunk und Glasfaser.

### **2. Wie will Ihre Partei die Bürokratiebelastung für Unternehmen im Land reduzieren und welche landeseigenen Gesetze, Verordnungen und Regelungen wollen Sie dafür vereinfachen? Setzen Sie sich für Praxis-Checks im Land nach Vorbild der Bundesebene ein?**

Das richtige Maß an Bürokratie und eine funktionierende, schnelle Verwaltung ist auch für Unternehmen von großer Bedeutung. Das gilt für die bereits existierenden Betriebe ebenso wie für Neugründungen, Unternehmenserweiterungen und -nachfolgen. Trotzdem erkennen wir an, dass das Ausmaß allein gesetzlich veranlasster Belastungen für die Unternehmen ein mehr als kritisches Niveau erreicht hat, weil in Unternehmen immer stärker personelle Ressourcen gebunden werden, die viel dringender in weitaus produktiveren Bereichen im Unternehmen benötigt werden. Um eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, werden wir für mehr Personal in den Genehmigungsbehörden sorgen, die Digitalisierung vorantreiben und Abläufe vereinfachen. Wir setzen uns für eine Bewilligungsfiktion ein, wonach alle Anträge, die nach 6 Wochen nicht beschieden sind, automatisch als bewilligt gelten. Dadurch beschleunigen wir die Verfahren erheblich. Um die Einhaltung der Vorschriften sicherzustellen, setzen wir auf Stichprobenprüfungen und drastisch erhöhte Bußgelder bei Verstößen. In der Digitalisierung der Informationsflüsse für Antrags- und Genehmigungsverfahren und die Wiederverwendung von vorhandenen Daten, sehen wir einen großen Hebel, um Bürokratie zu senken. Es braucht digitaltaugliche Gesetze mit Einbezug entsprechender Fachexpertise. Wir wollen den Zugang zu Förderprogrammen insbesondere für

kleine und mittelständische Unternehmen verbessern und durch entsprechende Beratungsangebote vereinfachen.

Wir begrüßen die Einführung von Praxis-Checks nach dem Vorbild der Bundesebene. Diese Checks helfen dabei, unnötige Bürokratie zu identifizieren und abzubauen, ohne dabei wichtige Regulierungen zu vernachlässigen. Märkte brauchen Regeln, und wir setzen uns dafür ein, dass diese Regeln praxisnah und effizient gestaltet sind.

### **3. Wie will Ihre Partei Planungs- und Genehmigungsverfahren von Betriebsgebäuden und Industrieanlagen beschleunigen?**

Wenn es nicht gerade um Tesla geht, dauern Genehmigungsverfahren in Brandenburg viel zu lange. Um eine Beschleunigung der Verfahren zu erreichen, werden wir für mehr Personal in den Genehmigungsbehörden sorgen, die Digitalisierung vorantreiben und Abläufe vereinfachen. Eine Absenkung von Umweltstandards und die Abschaffung von Beteiligungs- und Klagerechten lehnen wir ab. Wir werden dafür sorgen, dass die Möglichkeiten der frühzeitigen und umfänglichen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Genehmigungsverfahren in vollem Umfang genutzt werden. Dabei wollen wir einen dialogorientierten Prozess fördern, in dem sowohl die Interessen der Industrie als auch die Rechte und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger, Umweltverbände sowie Gemeinwohlinteressen, wie z.B. die Trinkwasserversorgung, berücksichtigt werden. Durch frühzeitige Einbindung aller Beteiligten können mögliche Konflikte vermieden und gemeinsame Lösungen gefunden werden. Die brandenburgische Bauordnung wollen wir verschlanken. Insbesondere die sog. „Kleine Bauvorlageberechtigung“ werden wir überprüfen und praxistauglich ausgestalten.

### **4. Wie beabsichtigt Ihre Partei, die Zusammenarbeit von Forschung, Hochschulen und Unternehmen im Land zu verbessern und die Innovationsfähigkeit von Unternehmen zu unterstützen?**

Wissenschaft, Forschung, Hochschulen und Wirtschaft sind unverzichtbar, um Lösungen für aktuelle und künftige Herausforderungen, wie z.B. den Klimawandel, die Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, den demografischen Wandel usw. zu entwickeln. Für uns ist klar: Wissenschaft muss der Motor für gesellschaftliche Innovation, nicht allein für wirtschaftliches Wachstum sein. Mit gezielter Förderung wollen wir innovative Forschung im Bereich Grundlagenforschung, angewandte Forschung und Lehre unterstützen. Zentrale Orte der Innovationen durch Spitzenforschung sind unsere Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie sind die wesentliche Basis für Zukunftsfähigkeit und Resilienz unserer Gesellschaft. Wir werden deshalb den Wissenschaftsstandort Brandenburg weiter ausbauen und die Leistungsfähigkeit unserer Forschungseinrichtungen stärken. Besonders die auskömmliche Finanzierung, die Stärkung der Autonomie, die Förderung des Transfers von Wissen in Wirtschaft und Gesellschaft stehen dabei im Fokus.

Wir wollen durch eine Reihe von Fonds Eigenkapital zur Verfügung stellen und dadurch Gründerinnen und Gründer, Start-ups, junge, kleine und mittlere Unternehmen unterstützen. Hierbei stehen Innovationen und neue Technologien besonders im Fokus. Wir werden eine landeseigene Industrie- und Technologiestiftung gründen, deren Aufgabe es sein soll, Unternehmen durch stille und aktive Beteiligungen, Bürgschaften, zinsgünstige Kredite und weitere Instrumente zu unterstützen. Ziel ist es, mittelfristig neben dem Haushalt ein weiteres Instrument zur wirtschaftlichen Entwicklung zu implementieren und technologische Chancen in Brandenburg und Berlin umzusetzen.

### **5. Wie möchte Ihre Partei den Ausbau des Wasserstoffnetzes im Land beschleunigen und die Anbindung der Industrie an die Wasserstoffinfrastruktur verbessern?**

Wir unterstützen den Einsatz von Wasserstoff dort, wo diese Technologie ökonomisch und ökologisch sinnvoll ist. Bei Autos oder Heizungsanlagen ist dies in der Regel nicht der Fall. Die

dazugehörige Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Wenn Wasserstoff eingesetzt wird, ist langfristig nur der Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien vernünftig. Wir wollen dabei den Wasserstoff, den wir für unsere Industrien benötigen, soweit wie möglich vor Ort erzeugen, um unsere Abhängigkeit von Importen zu verringern. Dabei müssen jedoch auch die Umweltbelastungen in den Blick genommen werden, die mit der Herstellung von Wasserstoff verbunden sind. Das gilt insbesondere für Regionen, denen Wassermangel droht.

Das für den Wasserstoff notwendige Verteilnetz ist mit dem bereits bestehenden Erdgasnetz großflächig vorhanden und kann für den Transport von Wasserstoff umgenutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Voraussetzungen für die Nutzung der vorhandenen Gasleitungen für den Transport und die Anwendung von Wasserstoff zu optimieren. Die Wasserstoffstrategie des Landes werden wir konsequent auf der Basis von Bedarfsstudien fortschreiben und weiterentwickeln. Wir wollen damit die Anwendung der Wasserstofftechnik in der Breite ermöglichen. Wasserstoffbasierte Energieerzeugung kann mittelfristig einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich von Schwankungen und zu einer gesicherten Lastversorgung leisten. Wir werden länderbergreifende Wasserstoffallianzen zur Förderung des Marktanschubs und zum Ausbau der Versorgungsinfrastrukturen bilden.

**6. Wie will Ihre Partei die Energiepreise im Land auf ein wettbewerbsfähiges Niveau bringen, damit vor allem energieintensive Betriebe weiter vor Ort produzieren können. Wie soll dabei auch der Ausbau erneuerbarer Energien und die Partizipation von Betrieben bei diesem verbessert werden?**

Im Rahmen unserer Energiepolitik setzen wir auf eine bezahlbare, sichere und nachhaltige Energieversorgung. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat verdeutlicht, wie wichtig die Unabhängigkeit der Energieversorgung von fossilen Brennstoffen ist. Den Ausbau der kostengünstigen erneuerbaren Energien wollen wir deshalb weiter vorantreiben, um auch so sicher zu stellen, dass Energie für die Menschen und die Unternehmen in Brandenburg bezahlbar ist. Damit alle vom Ausbau der erneuerbaren Energien profitieren können, werden wir mit einem Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sowohl die betroffenen Kommunen als auch die Anwohnerinnen und Anwohner finanziell profitieren, wenn Anlagen vor Ort errichtet werden. Mieterstrom- und Contracting-Modelle wollen wir fördern und dabei auch Unternehmen einbeziehen. Wir wollen die Kommunen im Land in die Lage versetzen, Wind- und PV-Anlagen in öffentlicher Hand zu bauen und zu betreiben. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir die Stromnetze im Land in öffentliche Hand zurückholen, umso bezahlbare und erneuerbare Energieversorgung sicherzustellen.

Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für wettbewerbsfähige Strompreise für alle Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen. Wir fordern eine Absenkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für Privathaushalte und Wirtschaft ([Drucksache 7/8734](#)). Darüber hinaus muss der Bund endlich die rechtlichen Voraussetzungen für Energy Sharing schaffen. Energy Sharing ermöglicht, dass sich mehrere regionale Stromverbraucher zu einer Bürgerenergiegesellschaft zusammenschließen und nicht nur gemeinsam Strom produzieren, sondern den Strom ihrer Anlagen auch gemeinsam vergünstigt nutzen können. Das stärkt die Akzeptanz und die Identifikation mit der Energiewende. Des Weiteren setzen wir uns für die Wiedereinführung von wirksamen staatlichen Preiskontrollen für Strom ein.

**7. Wie bewertet Ihre Partei die Speicherung oder Wiederverwertung von CO<sub>2</sub> (CCS, CCU)? Ist eine Speicherung von CO<sub>2</sub> an Land grundlegend für Sie erstrebenswert und würden Sie diese Möglichkeit im Bundesland ermöglichen?**

Wissenschaftler gehen davon aus, dass durch die Abscheidung von CO<sub>2</sub> bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe und einer anschließenden unterirdischen Speicherung ca. 85% Prozent des CO<sub>2</sub> dauerhaft aus der Atmosphäre ferngehalten werden können. Ob die als Carbon Capture and Storage (CCS) bezeichnete Technik dieses Versprechen halten kann, ist jedoch noch nicht geklärt und

gegenwärtig Thema verschiedener Forschungs- und Pilotprojekte. Neben den Risiken der unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub> ist für uns vor allem der enorme zusätzliche Energieaufwand für die Abscheidung, den Transport und die Speicherung problematisch. Der Einsatz der CCS-Technik erhöht den Verbrauch der begrenzt verfügbaren fossilen Rohstoffe um bis zu 40 Prozent. Einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels kann die Speicherung von CO<sub>2</sub> nur leisten, wenn das eingelagerte CO<sub>2</sub> dauerhaft und vollständig in den Speichern verbleibt.

Für uns stellt die CCS-Technik nicht die Lösung für Klimaschutz dar. Eine unterirdische Speicherung an Land lehnen wir ab. Unsere Alternativen zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung sind: Dezentraler Ausbau von Wind-, Biomasse- und Solarenergie und die Umstellung auf direkte Stromnutzung in allen Bereichen (Strom, Wärme, Verkehr usw.), der Bau von Tages-, Wochen- und saisonalen Energiespeichern, die Dekarbonisierung der Industrieprozesse, mehr bezahlbarer öffentlicher Bus- und Bahnverkehr und die Stärkung und der Schutz natürlicher CO<sub>2</sub>-Senken.

#### **8. Mit welchen konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei auf Landesebene, die Pharmastrategie der Bundesregierung zu flankieren bzw. zu unterstützen? Wie möchte Ihre Partei zu einer ausreichenden Vergütung von Arzneimittelproduzenten durch Krankenkassen beitragen?**

Die Verlagerung der Produktion ins Ausland, eine Monopolisierung bei zahlreichen Wirkstoffen sowie zunehmend anfälliger globale Lieferketten haben zu Engpässen bei einer Vielzahl von Arzneimitteln geführt. In Abstimmung mit dem Bund wollen wir die Ansiedlung von Pharmazieunternehmen und Unternehmen für Medizinprodukte im Land Brandenburg fördern ([Drucksache 7/7093](#)). Das erhöht die Versorgungssicherheit, schafft hochqualifizierte Arbeitsplätze, stärkt die nachhaltige Produktion und erhöht die Unabhängigkeit. Die Versorgungssicherheit kann nur mit einer starken Pharmaindustrie einhergehen. Deshalb wollen wir Forschungsk Kooperationen zwischen Hochschulen, öffentlichen Forschungseinrichtungen und der Industrie fördern und ausbauen. Auch die Versorgung mit Apotheken wollen wir flächendeckend und insbesondere im ländlichen Raum gewährleisten. Mit den entsprechenden Landesakteuren des Gesundheitswesens, wie beispielsweise Landeskrankenhausgesellschaft Brandenburg, GKV, KV, Wirtschaftsverbände, Kammern und Apotheken, werden wir einen Versorgungsgipfel initiieren. Im Mittelpunkt des Gipfels soll die flächendeckende Sicherung einer gesundheitlichen Versorgung im Land Brandenburg stehen.

Wir setzen uns für eine faire und transparente Preisgestaltung bei Arzneimitteln ein. Die Linke unterstützt Verhandlungen zwischen den Krankenkassen und Arzneimittelherstellern, welche sicherstellen sollen, dass Produzenten eine angemessene Vergütung erhalten, während die Ausgaben der Krankenkassen im Rahmen und vor allem die Interessen der Patienten in Bezug auf deren sichere Versorgung mit Arzneimitteln gewahrt bleiben.

#### **9. Wie wollen Sie das Interesse an MINT-Berufen wecken, die MINT-Kompetenzen und Fähigkeiten junger Menschen fördern, die naturwissenschaftliche Bildung verbessern sowie die Bekanntheit und Attraktivität der dualen Ausbildung steigern?**

Die MINT-Bildung ist von zentraler Bedeutung, um Zukunftsherausforderungen einer digital geprägten Welt bewältigen zu können, Offenheit für Entwicklungen des technischen Fortschritts zu schaffen und Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung sichern zu können. Deshalb wollen wir die MINT-Bildung von Schülerinnen und Schülern stärken. Zu diesem Zweck wollen wir die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte ausweiten und Partner aus Hochschulen, Wirtschaft und Gewerkschaften einbinden. Im Rahmen der Berufs- und Studienorientierung wollen wir konkrete Projekte entwickeln, um für MINT-Berufe und die Ausbildung von Ingenieurinnen und Ingenieuren zu werben.

Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor. Dennoch ergreifen vergleichsweise wenige eine Ausbildung oder ein Studium im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich. Das wollen wir ändern. Wir werden daher in einem Bündnis mit Wirtschaft und Wissenschaft dafür werben, dass

sich junge Frauen für MINT-Berufe entscheiden. Hierzu wollen wir ihnen Qualifizierungs- und Karrieremöglichkeiten aufzeigen und sie mit Beratungsleistungen unterstützen.

Wir setzen uns für die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung ein und wollen die duale Ausbildung stärken. Gemeinsam mit Unternehmen, Kammern und Schulen sollen Modellprojekte geschaffen werden, damit gerade Abiturientinnen und Abiturienten eine klare Vorstellung von den Möglichkeiten einer dualen Berufsausbildung und den vielfältigen Berufsbildern erhalten. Eine umfassende Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen ist dabei wichtig, um frühzeitig über die vielfältigen Möglichkeiten der Berufsausbildung zu informieren. Gleichzeitig werden wir die Attraktivität der Ausbildung durch Investitionen sowohl in die Bildungsinfrastruktur als auch in gut qualifiziertes Lehrpersonal verstärken und alle Berufsschulen und Oberstufenzentren erhalten. Ausbildungsgebühren und Schulgeld werden wir abschaffen.

#### **10. Wie wollen Sie inländisches Fachkräftepotenzial heben, Arbeitsmarktpotenziale Geflüchteter erschließen und internationale Fachkräfte vom Bundesland überzeugen?**

Brandenburg braucht Fach- und Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland. Die Fachkräftegewinnung und -sicherung stellt deshalb einen Schwerpunkt für uns dar. Dabei wollen wir alle inländischen Potenziale bestmöglich heben. Hierbei nehmen wir unter anderem Themen wie Qualifizierung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die Stärkung der Tarifbindung und Sozialpartnerschaften sowie die Verbesserung von Arbeitsbedingungen im Rahmen Guter Arbeit besonders in den Blick. Ob am Übergang Schule – Beruf, bei Familiensorgenden, bei Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen oder bei Älteren – wir können es uns nicht leisten, diese Potenziale ungenutzt zu lassen. Wichtig sind dabei ganzheitliche (Coaching-)Ansätze, das Denken in Bildungsketten bis hin zur konkreten Vorbereitung auf Berufsfelder.

Bei ausländischen Fachkräften wollen wir schnellstmöglich sicherstellen, dass diese ins Berufsleben einsteigen können. Dazu müssen die Berufsanererkennungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Migrantinnen und Migranten müssen die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung und einen Berufsabschluss zu machen. Den Zugang zu Sprachkursen wollen wir vereinfachen und fördern. Um ausländischen Arbeitskräften einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen, wollen wir das Konzept der kommunalen Welcome-Center zu einer zentralen Willkommensstelle weiterentwickeln. Diese soll im Verbund mit den kommunalen Welcome-Center sowohl für ausländische Fachkräfte und Studierende als auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Anlauf-, Beratungs- und Servicestelle sein, die alle Leistungen rund um die Fachkräfteeinwanderung aus einer Hand gewährleistet. Von Anerkennung der Abschlüsse bis hin zur Vermittlung von Wohnung, Sprachkursen, Kita und Schulplätzen soll das soziale Umfeld der Familie mitbedacht werden. Hierzu gehören auch unbürokratische Möglichkeiten für die Gewinnung von Fachkräften, genauso wie schnelle Prozesse zur Anerkennung und Klarheit über den Aufenthaltsstatus.